

die gewerkschaftlichen **Prioritäten** von **CGIL, CISL und UIL** für den **Staatshaushalt 2019**

Eine Übersicht der Vorschläge von CGIL, CISL und UIL für das staatliche Haushaltsgesetz 2019. Diese werden in Versammlungen an den Arbeitsplätzen und in einheitlichen Delegiertentagungen mit den ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen diskutiert und ergänzt. Dies soll dann die Grundlage für die Gespräche mit der Regierung sein.

IN ENTWICKLUNG INVESTIEREN UM DIE ARBEIT ZU FÖRDERN

- Öffentliche Investitionen in den öffentlichen Bereichen Gesundheit, Bildung und Fürsorge
- Öffentliche Investitionen in die Infrastruktur: Energie, Digitalisierung, Vollendung und Planung von Großprojekten von strategischer Bedeutung
- Die Steuerung der industriellen Entwicklung muss in öffentlicher Hand sein und bleiben
- Sollten die Auftrags-Vergaberegeln überarbeitet werden, ist auf den Schutz der Arbeit zu achten
- Gegenüber der EU sollte durchgesetzt werden, dass öffentliche Investitionen bei der Ermittlung des Defizits ausgeklammert werden und die Regelung in Bezug auf die ausgeglichenen Haushalte der Gebietskörperschaften soll überarbeitet werden.

ARBEIT ABSICHERN: SOZIALE ABFEDERUNGSMAßNAHMEN UND AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK

- Außerordentliche Lohnausgleichskasse: diese sollte über die 24 Monate im Fünfjahreszeitraum hinaus verlängert werden und die vorübergehende Regelung bei Einstellung der betrieblichen Tätigkeit und bei Konkursverfahren ist dauerhaft festzuschreiben
- Solidaritätsverträge müssen ausgedehnt und gestärkt werden
- Die Arbeitslosenunterstützung (Naspi) ist zu stärken, indem die progressive Reduzierung von 3% abgeschafft und die Regelung für Saisonbeschäftigte verbessert wird
- Die Lohnkosten für unbefristete Verträge müssen reduziert werden um diese Arbeitsform zu fördern und zu begünstigen
- Unterstützung von berufstätigen Müttern und Vätern über die Stärkung der Freistellungen und Wartestände sowie die Verbesserung der Kleinkindbetreuung

NEIN ZU NEUEN STRAFNACHLÄSSEN UND ZUR VORGESCHLAGENEN „FLAT TAX“

WENIGER STEUERN FÜR ARBEITNEHMER UND RENTNER/INNEN

WIRKSAMERE BEKÄMPFUNG DER STEUERHINTERZIEHUNG

Arbeit:

- Deutliche Anhebung der Steuerfreibeträge für ArbeitnehmerInnen und Rentner sowie eine Lösung für Personen, die zu wenig Steuerschuld für die Beanspruchung von Steuerguthaben aufweisen.
- Überarbeitung der Einkommenssteuersätze und der Besteuerungsgrundlage im Zeichen einer ausgeprägteren steuerlichen Progressivität
- Einführung eines universellen Familiengeldes
- Umfassende Überprüfung der Besteuerung auf lokaler Ebene
- Die Förderung der Betriebe sollte stärker nach den Faktoren Beschäftigung, Nachhaltigkeit, Bildung und Investitionen ausgerichtet sein.
- Ein Großteil der Gelder, die sich durch den wirksameren Kampf der Steuerhinterziehung und der Verschwendung ergeben, sollten in den Fonds zur Reduzierung der Steuerlast fließen
- Aufwertung der Steuerbeistandszentren (CAF)

Bekämpfung der Steuerhinterziehung

- Alle Zahlungen sollten dank elektronischer Zahlungsformen rückverfolgbar sein, zudem ist die Obergrenze für Bargeldzahlungen bei 1.000 Euro anzusetzen

RENTEN: LÖSUNGEN FÜR JUGENDLICHE, FÜR FRAUEN, BEI BESCHWERLICHEN TÄTIGKEITEN SOWIE WENIGER STARRE, FLEXIBLERE RENTENANTRITTE

- Flexibler Rentenanstritt bei 62 Jahren
- 41 Beitragsjahre müssen unabhängig vom Lebensalter für den Rentenanstritt reichen
- Schutz der Arbeitnehmerkategorien, die unter das Rentenüberbrückungsgeld „APE sociale“ fallen
- Eine auf die beitragsmäßige Situation der Jugendlichen zugeschnittene Form der Rentenabsicherung
- Maßnahmen für Frauen, etwa die Möglichkeit, um ein Jahr pro Kind früher in Rente gehen zu können und die Verlängerung der vorgezogenen Rente für Frauen („opzione donna“)
- Anerkennung von unbezahlter Pfllegetätigkeit in der Familie für die Rente
- Die automatische Anpassung der Rentenalters an die Lebenserwartung ist zu streichen
- Es braucht endlich eine Lösung für ArbeitnehmerInnen, die beschwerliche Tätigkeiten bzw. Schwerarbeit verrichten und für jene Arbeitnehmer, die kurz vor der Pensionierung stehen, keine Arbeit mehr haben und keine Unterstützung mehr beziehen („esodati“).
- Stärkung der Zusatzrenten
- Bestätigung ab 1.1.2019 der vollen Inflationsanpassung der Renten und Ausdehnung der 14. Monatsrente

GESUNDHEITSWESEN, ARMUT, SOZIALPOLITIK

GRUNDLEGENDE RECHTE SICHERN!

- Laufende Erhöhung der Geldmittel für die Finanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens
- Zusätzliche Einstellungen zur Sicherung der Pflege
- Schneller und angemessener Zugang zu Gesundheitsleistungen in allen Regionen
- Modernisierung der Einrichtungen und Reorganisierung der soziosanitären Dienste
- Dem Instrument des „Inklusionseinkommens“ zur Armutsbekämpfung (REI-„reddito d'inclusione“) sollte die Stärkung der Sozialdienste und der Bildungsdienste für Inklusion in Verbindung mit den Arbeitsvermittlungszentren folgen
- Mehr Geldmittel für die Sozialhilfe
- Festlegung der Grundversorgung als subjektives Recht für alle
- Verabschiedung des Rahmengesetzes zur Pflegebedürftigkeit

BILDUNG UND WISSEN ALS SCHLÜSSEL FÜR DIE ENTWICKLUNG UND GEGEN AUSGRENZUNG

Bildung, Weiterbildung und Forschung sind von grundlegender Bedeutung für den Fortschritt des Landes und als Antwort auf die sozialen Ungleichheiten.

- Bereitstellung von Ressourcen für die Erneuerung der Kollektivverträge und einen Einstellungsplan
- Verbesserung der dualen Ausbildung und Aufwertung des Lehrlingswesens
- Umsetzung eines Systems für lebenslanges Lernen
- Mehr Geldmittel für die Forschung
- Recht auf Bildung muss gesamtstaatlich gesichert bleiben

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG: INVESTITIONEN UND KEINE NEUEN KÜRZUNGEN

- Alle Kollektivverträge des öffentlichen Dienstes von 2019 bis 2021 sollen erneuert werden
- Ein Sonderplan von Einstellungen, ein neu zu schaffender Produktivitätslohnanteil und steuerliche Vorteile sollen auch für die öffentlichen Bediensteten verankert werden
- Die ergänzende Wohlfahrt der ArbeitnehmerInnen soll gestärkt werden
- Interne Mobilität soll aufgewertet werden und ausreichende Mittel für die Weiterbildung sollen bereitgestellt werden
- Das System beteiligungsorientierter Gewerkschaftsbeziehungen soll gefördert und damit auch die 2. Verhandlungsebene gestärkt werden
- Die öffentlichen Mittel für die Provinzen und die Großstädte Italiens müssen gesichert werden